

**Antragstellerin:**

Lydia Roloff (Stadtverband Halle)

**Änderungsantrag Nr. 47.1.**

Zeile 1819 – das Wort *Rentner:innen* streichen und ersetzen durch die Wörter *ältere Menschen*

Begründung

Der Begriff „Rentner:innen“ ist hier zu kurz gefasst. Es gibt auch Mitmenschen, die keine Rente beziehen, aber trotzdem auf die beschriebene Hilfe angewiesen sind. Im Zusammenhang mit der Rentenpolitik ist der Begriff richtig.

**Änderungsantrag Nr. 47.2.**

*Zeilen 1814 bis 1821 – Diese Zeile in diesem Absatz streichen und später einfügen in Absatz „Ein würdevolles Leben im Alter“ (siehe Antrag 5 b)*

Begründung

Diese beiden Forderungen sind für Sachsen-Anhalt formuliert und passen besser in den konkreten Absatz.

**Änderungsantrag Nr. 47.3.**

Nach Zeile 1813 soll eingefügt werden:

- *städtebauliche Planungen mit einer wohnortnahen Versorgung für den täglichen Bedarf, Apotheken und Arztpraxen – auf dem Land und allen Wohnquartieren.*
- *ein Verbot jeglicher Diskriminierung aus Altersgründen – sowohl für junge als auch für ältere Menschen – und hierfür eine entsprechende Regelung im Grundgesetz.*

Begründung

Dies sind Forderungen, die wir bundesweit vertreten. Daher sollten sie in der Präambel zum Punkt 6 aufgenommen werden.

**Änderungsantrag Nr. 47.4.**

*Streichen der Leerzeile 2201*

Begründung

Der folgende Absatz gehört zum vorangegangenen.

**Änderungsantrag Nr. 47.5.**

Einfügen nach Zeile 2204:

a) *Wir wollen*

- *ein Seniorenmitwirkungsgesetz für Sachsen-Anhalt, weil selbstbestimmtes Leben eben auch Mitbestimmung bedeutet. Seniorenvertretungen auf Landes- und kommunaler Ebene brauchen eine rechtliche und finanzielle Stärkung.*

b) *hier einfügen: Punkte aus den Zeilen 1814 bis 1821*

Begründung

zu a) Sachsen-Anhalt ist ein alterndes Land. Es bedarf daher der demokratischen Mitwirkung von Senior:innen auf kommunaler und Landesebene, denn sie wissen selbst am besten, was sie im Alter und beim Älterwerden brauchen. Den Seniorenvertretungen des Landes, der Kreise und Kommunen sollte in den Parlamenten ein Rede- und Vorschlagsrecht in seniorenpolitischen Angelegenheiten

eingräumt und garantiert werden. Dafür braucht es eine entsprechende rechtliche Grundlage.  
zu b) siehe Antrag 2

**Änderungsantrag Nr. 47.6.**

*Zeilen 2205bis 2208 hier streichen und einfügen ab Zeile 2257*

Begründung

Der Text passt (trotz teilweiser inhaltlicher Wiederholung) besser in den Absatz Digitalisierung.

**Änderungsantrag Nr. 47.7.**

nach Zeile 2277 soll eingefügt werden:

*Trotz aller Bemühungen, ältere und eingeschränkte Menschen in unserer digitalen Welt mitzunehmen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, muss ein Recht auf analoge Kommunikation verpflichtend gesichert werden.*

Begründung

Viele ältere und in ihrem Tun eingeschränkte Menschen haben große Probleme damit, mit dem technischen und digitalen Fortschritt in unserer Gesellschaft zurechtzukommen oder bewältigen diesen trotz angebotener Hilfe nicht. Ihnen muss trotzdem, vor allem in öffentlichen Einrichtungen, ein analoges Leben ermöglicht werden.